ERSCHEINUNGSORT WIEN/P.B.B./VERLAGSPOSTAMT 1150 WIEN SONDERHEFT 55 JAHRE BEFREIUNG, NUMMER 10-11-12/2000, 15 SCHILLING

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

1934 - 1945

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN

Spitzelaffäre enthüllt das wahre Gesicht der FPÖ

Bei der FPÖ ist Feuer am Dach, lautete die Schlagzeile der „Kronen Zeitung" jüngst und brachte damit das ganze Schlamassel zum Ausdruck, in das die Haider-Partei und damit auch die schwarzblaue Koalition durch die Aussagen des karenzierten Polizisten und Ex-FPÖ-Gewerkschafters Josef Kleindienst geraten sind. Die Aufdeckung eines Spitzelnetzes im Polizeiapparat, durch das Jörg Haider und viele seiner Spitzenfunktionäre Auskünfte über gegnerische Politiker, Journalisten, Künstler und sogar Sozialhilfe- und Asylantenfälle erhalten haben sollen – noch immer gilt ja die Unschuldsvermutung, auch wenn die Verdachtsmomente fast von Tag zu Tag zunehmen – enthüllt eine Vorgangsweise, die in der Zweiten Republik einmalig dasteht. Ein solcher systematischer Mißbrauch des Sicherheitsapparates muß nicht nur als demokratiegefährdend, sondern auch als ausgesprochen kriminell bezeichnet werden. Sieht doch das österreichische Strafrecht für Amtsmißbrauch und Beamtenbestechung – nach den Behauptungen Kleindiensts, der sich auch selbst beschuldigt, wurden ja die Dienste willfähriger Polizeibeamter von der FPÖ auch bezahlt – Strafen bis zu fünf Jahren Kerker vor. Nach Veröffentlichung der ersten Aussagen von Kleindienst in „profil" und „Format" ordnete Innenminister Strasser Untersuchungen an. Noch triumphierte FPÖ-Klubobmann Westenthaler die Vorwürfe hätten sich in Luft aufgelöst, als Strasser dem Innenausschuss des Nationalrates einen ersten Bericht vorlegte. Die Wirklichkeit sah anders aus. Es zeigte sich bald, dass engste Mitarbeiter Haiders in die Spitzelaffäre verwickelt scheinen. Konkret richten sich die Vorwürfe gegen Haiders Pressesprecher Karl-Heinz Petritz, den ehemaligen FP-Geschäftsführer Gernot Rumpold und Horst Binder, einen Leibwächter Haiders. Die Verdachtsspirale begann den FP-Chef immer stärker einzukreisen. Dazu kamen weitere Aussagen, wonach auch der Wiener FP-Vorsitzende Hilmar Kabas und sein Landesparteisekretär Michael Kreißl, der Salzburger FP-Obmann Karl Schnell und sein Vize Helmut Naderer sowie der frühere Klubobmann Ewald Stadler unter Verdacht stehen. Vorerhebungen wurden eingeleitet, Anträge auf Aufhebung der Immunität der betroffenen Landtagsabgeordneten wurden gestellt. Haider wurde von der Wirtschaftspolizei vier Stunden lang einvernommen. Der von SPÖ und Grünen geforderte parlamentarische Untersuchungsausschuss wurde freilich von den Koalitionsparteien abgeschmettert. In ihrer Verteidigung geriet die FPÖ immer stärker in Bedrängnis. Versuchte man zuerst, alles abzustreiten und die Affäre als „Ausgeburt kranker Journalistengehirne" abzutun, so ging man sehr bald zu Flucht nach vorn über. Westenthalers „ultimativer Gegenschlag" bezichtigte Ex-Innenminister Einem und mehrere SPÖ-Landespolitiker des Amtsmißbrauchs zum Schaden Haiders. Dessen ganzer Zorn richtete sich gegen Innenminister Strasser, dem er vorwarf, „auf dem linken Auge blind" zu sein; auch stellte er sogar die Koalition in Frage. Schließlich versuchte er, das altbekannte Prinzip der Schuldumkehr anzuwenden: die Beamten, die Vorgänge an die FPÖ weitergaben, hätten „aus Notwehr" gegen Mißstände gehandelt. In dieser so wenig glaubhaften Verteidigung leisteten sich zwei Politiker geradezu Unfassbares: Justizminister Dieter Böhmdorfer, selbst unter Verdacht, als Anwalt illegal an die FPÖ gelangte Spitzelakte in Prozessen verwendet zu haben, ließ sich zu der Äusserung hinreissen, Haider sei „über jeden Verdacht erhaben"; eine Äusserung, die in dieser Situation wohl in jedem anderen Land zum Rücktritt des Leiters des Justizressorts geführt hätte. Und der Salzburger FP-Chef Schnell verstieg sich dazu, den die Vorwürfe untersuchenden Beamten „Gestapo-Methoden" vorzuwerfen – eine Äusserung, die gerade bei allen, die einst Opfer der Gestapo wurden, auf schärfsten Protest stoßen muss, und die durch nichts besser wird, wenn er dies jüngst durch „KGB-Methoden" ersetzte.

Die Spitzelaffäre bestätigt noch viel deutlicher als die Rücktrittsserie der FP-Minister, dass mit dieser Partei „kein Staat zu machen ist". Ihre Regierungsbeteiligung ist eine permanente Gefährdung der Demokratie. Aber Bundeskanzler Schüssel schweigt dazu. Ihm ist die Macht wichtiger als das Wohl der Republik. ■

„Flucht nach vorn" nennt Ironimus seine Karikatur in der zweifellos nicht grundsätzlich gegen Schwarz-Blau eingestellten „Presse"

Wer im Glashaus sitzt...

Foto: Spata

Dass es eine „Verhaiderung" der ÖVP gibt, ist nicht nur politisch, sondern auch im politischen Stil immer deutlicher festzustellen. Wenn da ein Johann Eidlitz sich im ÖVP-Organ"Freiheitskämpfer"Sorgen macht, dass die SPÖ „mit Haider liebäugelt", dann erinnert das schon sehr an das Verhalten jener FP-Granden, die ihre Propaganda-Slogans Journalisten und TV-Zusehern auch dann noch an den Kopf werfen, wenn deren Wahrheitswidrigkeit offenkundig geworden ist. Dass ÖVP-Veteranen des Kampfes gegen die Nazis in der gegenwärtigen Situation, in der ihre Partei der FPÖ den Eintritt in die Regierung ermöglicht hat, Zuspruch brauchen können, ist leicht zu verstehen. Es heißt aber wohl die Intelligenz auch konservativer Widerstandskämpfer unterschätzen, wenn irgendjemand meint, der eigene ÖVP-Sündenfall könne mit Verdächtigungen gegen die SPÖ aus der Welt geschafft werden. Die SPÖ – so möchte ich als Parteivorsitzender mit Nachdruck festhalten – „liebäugelt" nicht mit einer FPÖ, die die Beschäftigungspolitik der Nazis rühmt und Österreich mit einem Spitzelnetz überzieht. Sie „liebäugelt" im Übrigen auch nicht mit einer ÖVP, die Österreich mit der von ihr zu verantwortenden schwarz-blauen Koalition zunehmend ins Chaos stürzt. Die SPÖ „liebäugelt" mit dem österreichischen Volk und der österreichischen Demokratie. Und je näher diese Regierung an den Rand des Zusammenbruchs gerät, um so klarer ist zu sagen, dass endlich die Österreicherinnen und Österreicher aufgerufen werden sollen, bei einer Wahl klarzustellen, was sie von dieser Regierung halten. Und vielleicht wird dann – trotz der Bemühungen des Herrn Eidlitz – eine gar nicht so kleine Gruppe konservativer Widerstandskämpfer ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass es vor allem das bis zur Bettgemeinschaft gehende „Liebäugeln" der ÖVP mit der FPÖ ist, dem aus demokratiepolitischen Gründen der Riegel vorzuschieben ist.

Alfred Gusenbauer

Haider im Visier: Schatten über Europa

Das neue Buch von Hans-Henning Scharsach und Kurt Kuch (beide arbeiten als Redakteure von „News"), „Haider – Schatten über Europa" (Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, mit Vorwort von Univ-Prof. Anton Pelinka) ist ein wichtiges Werk, um über Jörg Haider und die von der FPÖ gestellten Bundesminister Bescheid zu wissen. So zählte die Vizekanzlerin der schwarz-blauen Regierung, Dr. Susanne Riess-Passer, zu den treibenden Kräften des Anti-Ausländer-Volksbegehrens „Österreich zuerst". Der Finanzminister Mag. Karl-Heinz Grasser ist ein treuer Schüler seines Lehrers Haider. Er erteilte im November 1996 als stellvertretender Landeshauptmann von Kärnten und Straßenbaureferent schriftlich die Weisung, eine Bestimmung in die „Ausschreibungsbedingungen zu den öffentlichen Bauvorhaben" aufzunehmen, „wonach bei der Durchführung des betreffenden Bauvorhabens ausschließlich heimische Arbeitskräfte bzw. Arbeitskräfte aus der EU eingesetzt werden dürfen." Justizminister Dr. Dieter Böhmdorfer führte einen schikanösen Feldzug gegen die Pressefreiheit durch Klagen gegen Journalisten. Der (nunmehr nach neun Monaten Amtszeit zurückgetretene) Infrastrukturminister Michael Schmid, elf Jahre lang Vorsitzender der FPÖ-Steiermark, machte 1994 Schlagzeilen, als er die Streichung der Landessubventionen für die Israelitische Kultusgemeinde und die Verbände der Widerstands- und Freiheitskämpfer verteidigte, während die Förderung der rechtsextremen Zeitschrift „Aula" trotz Sparbudget beibehalten wird. Da war er noch Landesrat in der Steiermark. Als Bundesminister hat er einen Mitarbeiter in seinem Ministerbüro, Gerhard Sailer, dessen politische Karriere in der neonazistischen ANR begonnen hat, die bis zu ihrer Auflösung zu den gewalttätigsten Organisationen des Rechtsextremismus zählte. Seit 1998 schreibt Sailer in der rechtsextremen Zeitschrift „Fakten". Er bestätigte, dass ein im Februar 2000 dort erschienener Beitrag von ihm stammt mit den Worten: „Das ist zwangsläufig von mir. Es gibt keinen anderen Oberrat meines Namens. Auch Verteidigungsminister Herbert Scheibner hat Schwierigkeiten mit einem seiner Mitarbeiter. Günther Barnert, sein Sekretär im Ministerbüro, ist gleich zweimal rechtskräftig verurteilt worden wegen Verletzung „militärisch relevanter Gesetze". Gesundheits-Staatssekretär Dr. Reinhart Waneck gehört dem Freiheitlichen Akademikerverband als stellvertretender Obmann an. Der Wiener Akademikerverband, dessen stellvertretender Vorsitzender ebenfalls Waneck ist, unterstützte bei der Bundespräsidentenwahl nicht den als zu wenig rechts empfundenen Kurt Waldheim, sondern den von führenden Rechtsextremisten und Neonazis unterstützten Dr. Otto Scrinzi. Der Sohn der inzwischen abgelösten Sozialministerin Elisabeth Sickl, Heinrich, steht seit 1992 auf einer Sympathisantenliste der verbotenen Neonazi-Gruppierung „Nationalistische Front" neben prominenten Neonazis. Zu Jörg Haider stellt das Buch die folgenden Fragen: Ist Haider Rechtsextremist, ist er Faschist, ist er Neonazi, oder ist er Demokrat. Von den vielen Rechtsextremismus-Definitionen zählt die von Willibald Holzer zu den praktikabelsten. Scharsach und Kuch sind im Kapitelaufbau der Rechtsextremismus-Definition von Holzer weitgehend gefolgt. „Zum Wesen der FPÖ zählt auch, dass sich nicht nur die Wähler, sondern sogar Teile der aktiven Funktionäre von der modernen Inszenierung als fortschrittliche Anti-Establishment-Partei blenden lassen. Bestes Beispiel dafür ist der Fall der Wiener Bezirksrätin Erika Schwetz, die tatsächlich glaubte, man könne als FPÖ-Politikerin einen jüdischen Friedhof renovieren, ohne damit schwerste innerparteiliche Konflikte und persönliche Angriffe zu provozieren", heißt es in diesem Kapitel. Das muss man sich merken für den Wiener Landtagswahlkampf. Auf die Frage „Ist Haider Demokrat?" gibt das Buch die Antwort: „Zweifel sind angebracht. Demokratie und das von Haider vertretene System der 'sozialen Volksgemeinschaft', das in der wissenschaftlichen Literatur zu den 'Wesenselementen der faschistischen Staatstheorie' gezählt wird, schließen einander aus. Haiders Entwurf einer 'Dritten Republik', der sich die Überwindung von Parteienstaat und repräsentativer Demokratie zum Ziel setzt, seine Attacken auf Presse- und Demonstrationsfreiheit, vor allem aber sein Umgang mit der eigenen Partei, verstärken die Zweifel.

Ein Parteiführer, der 700 gewählte Funktionäre eines Landesverbandes absetzt und durch eine kommissarische Leitung entmündigt, darf sich nicht wundern, dass seine Demokratie-Bekenntnisse auf Misstrauen stoßen."

Mit 1.500 Fußnoten ist das Buch sehr gut dokumentiert und ein wichtiges Dokument, damit man weiß, was in Österreich los ist und mit wem man es zu tun hat. ■

Hans Waschek

Ein Mahnmal gegen den Hass

Am 25. Oktober 2000 wurde nach zweijähriger Bauzeit – und langen vorhergehenden Diskussionen – das Holocaustdenkmal auf dem Wiener Judenplatz der Öffentlichkeit übergeben. Die von Archäologen ausgegrabenen Grundmauern der mittelalterlichen Synagoge kann besichtigt werden. In sie flüchteten Menschen aus dem Ghetto im Zuge des Pogroms von 1420 und begingen dort kollektiven Selbstmord (weitere zweihundert Juden, auch Frauen und Kinder, wurden dann auf dem Scheiterhaufen in Erdberg verbrannt, die übrigen vertrieben). Schauräume informieren über jüdisches Leben im mittelalterlichen Wien. Aber auch der hitlerischen großen „Shoah" unserer Zeit, dem Holocaust, wird nicht allein durch das von Rachel Whiteread geschaffene Mahnmal, das die Juden als das „Volk des Buches" ausweist, gedacht. Seit 1992 hat das

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes die biographischen Daten und Todesumstände der rund 65.000 österreichischen Holocaustopfer erarbeitet. Das Ergebnis dieser Arbeit ist eine Datenbank, die nun in der Gedenkstätte am Judenplatz abgerufen werden kann; sie wird noch ständig erweitert. Bei der feierlichen Enthüllung des Mahnmals sagte Wiens Bürgermeister Michael Häupl im Hinblick auf die oft tragische Geschichte der Wiener Juden „Sieben Jahrhunderte Antisemitismus sind genug!". Auch Bundespräsident Klestil, der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde Ariel Muzicant, Kardinal Schönborn und Simon Wiesenthal, dem die dann von der Stadt Wien aufgegriffene Initiative für die Gedenkstätte zu verdanken ist, ergriffen das Wort. Die Bundesregierung war nicht zu der Feierstunde geladen,weil die Kultusgemeinde eine Teilnahme von FPÖ-Regierungsmitgliedern als Affront betrachtet hätte. ■

Gedenken am 1. November

Die Wiener Freiheitskämpfer gedachten am 1. November auf dem Zentralfriedhof der Opfer des Austrofaschismus und des NS-Terrors. Beim Denkmal der Stadt Wien für die Opfer des Faschismus 1934 - 1945 hielt Landesparteivorsitzender, Bürgermeister Dr. Michael Häupl, die Gedenkrede. Bei den Mahnmalen für die Schutzbündler und für die Spanienkämpfer sprach Landesparteisekretär, Landtagsabgeordneter Harry Kopietz, Worte des Gedenkens und des Mahnens. Trotz des schlechten Wetters waren zum Gedenkmarsch hunderte Teilnehmer, darunter viele Mandatare der SPÖ Wien, gekommen. ■

Skin-Heads:„Was Haider nicht kann..."

Das einfache Parteimitglied Jörg Haider sprach am 20. Oktober als „Gastredner" bei einer offenbar schon als Wahlkampfauftakt gedachten Großkundgebung der FPÖ in der Wiener Stadthalle. Dabei fiel auch folgender bemerkenswerte Satz, der auch einen Hinweis dafür geben dürfte, in welche Richtung die Wiener Blauen, denen laut Umfragen eine schwere Niederlage bevorsteht, ihren Wahlkampf anheizen werden. Haider wörtlich: „Es muss eine klare Sichtung jener geben, die hier anwesend sind. Es gibt viel zu viele Illegale. Es gibt viel zu viele Straftaten. Es gibt viel zu viele Drogenhändler. Alle haben hier in Österreich nichts verloren. Das muss unser Interesse sein, hier eine konsequente Beseitigung herbeizuführen."
Während also der Kärntner Landeshauptmann einer „Beseitigung" der Ausländer das Wort redet – welche Vorbilder hat er da wohl im Auge? – machten sich Anhänger von ihm vor der Stadthalle an die „Beseitigung" politischer Gegner. Die SJ und andere Linke hatten vor der Stadthalle gegen die Veranstaltung demonstriert. Nach Ende der Versammlung attackierten sieben Skin-Heads eine Gruppe von Angehörigen der SJ in der Hütteldorfer Straße. Die Schläger gingen brutal vor. Drei SJler wurden niedergeschlagen und erlitten dabei Verletzungen. Wiederholt fielen nach Aussagen der Opfer Worte wie: „Was der Haider nicht machen kann, das führen wir aus...Drinnen wird geredet, draußen wird gehandelt." Der Wiener FP-Landesparteisekretär Kreißl, gegen den inzwischen Vorerhebungen in der Spitzelaffäre laufen, behauptete, die Gewalt sei von"linken Randalierern" ausgegangen. Die Staatspolizei hat sich mit einer Untersuchung der Vorfälle eingeschaltet. ■

Fotos: Pfarhofer, IsrKultusgemeinde

Hans Brosch zum 70sten

Hans Brosch, Mitglied des Wiener Vorstandes und des Bundesvorstandes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, feierte im September bei einer Kulturveranstaltung im Hochholzerhof, bei der Peter Kostelka und Hans Hatzl sprachen und Martina Heim rezitierte, seinen siebzigsten Geburtstag. In einer Broschüre mit Beiträgen seiner Freunde und Kampfgenossen wird seine mehr als 50jährige politische Tätigkeit in der SJ, im Gemeinderat und in der SPÖ Neubau sowie in vielen anderen Bereichen nachvollzogen. Der Vorsitzende des Landesverbandes Wien, Ernst Nedwed, gratulierte namens des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer. Die Broschüre mit dem Titel „Hans Brosch, eine erlebte Geschichte" ist im Sekretariat der SPÖ Neubau erhältlich.Hans Brosch verband seine Geburtstagsfeier mit der Präsentation einer interessanten zeitgeschichtlichen Ausstellung (auf dem Foto mit der Bezirksvorsteherin des 7. Bezirkes, Dr. Gabriele Zimmermann). ■

Mauthausen-Studien

Innnenminister Dr. Ernst Strasser präsentierte am 25. Oktober den ersten Band der Schriftenreihe „Mauthausen-Studien". In ihm wird das Thema „Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas auf österreichischem Gebiet 1940-45" behandelt, Autor ist der ehemalige Mauthausen-Häftling Pierre Serge Choumoff. Die Vergasungen begannen im oberösterreichischen Schloss Hartheim, wo in der „Euthanasieanstalt" im Zuge der von Hitler gebilligten „Aktion T 4" zunächst vorwiegend Geisteskranke ermordet wurden. Danach wurde in den Jahren 1941/42 mit dem Transport von kranken oder invaliden Häftlingen aus den Konzentrationslagern Mauthausen, Gusen und Dachau nach Hartheim begonnen. Die SS-Schergen nannten diese Aktionen zynisch „Transporte in das Häftlingssanatorium Hartheim". Schließlich kam es zu Massentötungen durch Giftgas direkt in den KZs Mauthausen und Gusen. Die Opfer waren neben Juden vor allem sowjetische Kriegsgefangene und sogenannte „Körperschwache". Dabei wurden neben Gaskammern auch Gaswagen verwendet. ■

„05" war nicht d des Widerstand

Am 5. Oktober 2000 luden der Verein „Österreichische Widerstandsbewegung" und die „Österreichische Gemeinschaft" zu einer Österreich-Kundgebung im und vor dem Wiener Stephansdom ein. Lobend ist dabei hervorzuheben, dass Militärgeneralvikar Prälat Rudolf Schütz eine Gedenkmesse für die Opfer der Nazibarbarei zelebrierte. Lobend ist dabei auch seine Predigt anzuführen, in der er auf den bedeutenden Stellenwert der WiderstandskämpferInnen hinwies, die „Österreich geliebt" und „an Österreich und seine Mission im Zentrum Europas geglaubt" haben. Nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann man aber angesichts der anschließenden Kundgebung vor dem Stephansdom und der Verleihung der „Goldenen Ehrennadel der Österreichischen Widerstandsbewegung" an Dr. Otto Habsburg-Lothringen, der, wie dazu in der Einladung angeführt wird, „in den USA daran arbeitete, eine österreichische Einheit für die Befreiung Österreichs aufzubauen". Denn gerade gegen dieses monarchistische „Militärkomitee" regte sich Widerstand von österreichischen Emigranten in den USA und zwar nicht nur von den österreichischen Sozialisten.

Unter dem Titel „Weg mit den habsburgischen Gespenstern!" heißt es dazu am 20. Dezember 1942 in der „Austrian Labor Information": „Wir haben die Erklärung gegen die Habsburger auch gemeinsam mit Österreichern abgegeben, die bürgerliche

Republikaner sind, ebenso wie auch unter den Vertretern anderer Nationen, die sich gegen die Habsburger erklärt haben, bürgerliche Demokraten vertreten sind... Aber wir sind auch von etwas Zweitem fest überzeugt: soweit unsere Freunde und Genossen in Österreich selbst sich selbst treu geblieben sind – und die Schreckensnachrichten über die sich in Österreich häufenden Hinrichtungen bestätigen, dass die österreichischen Arbeiter ihren Widerstand gegen die Nazi verschärfen -, denken sie sicherlich mehr an die Zukunft als an die tragik-komischen Versuche einer schwarzgelben Vorvergangenheit, sich in die Zukunft einzuschleichen."

Ja, und dann kam noch die Enthüllung einer Gedenktafel mit folgendem Text:

05 war das Geheimzeichen des österreichischen Widerstands gegen das nationalsozialistische Schreckensregime 1938-1945. Dieses Mahnmal wurde zum Andenken an die ermordeten Widerstandskämpfer der österreichischen Widerstandsbewegung unter Präsident Prof. Norbert Macheiner im Okt. 2000 errichtet.
AEIOU Allen Ernstes ist Österreich unersetzlich.

Dieser Text entspricht – bewusst oder unbewusst – nicht den historischen Tatsachen. Allen Ernstes wird festgeschrieben, dass das

as einzige Symbol
s

Symbol „05" das Geheimzeichen(!) des österreichischen Widerstandes war. Dieser manifestierte Alleinanspruch, noch dazu für die gesamte Terrorherrschaft der Nazis in unserem Land, ist einfach zuviel. Es ist ja bekannt und es gibt dazu auch umfangreiche Belege, dass österreichische Widerstandsgruppen sich ihrer Parteisymbole bedienten, zum Beispiel verwendeten die Sozialisten ihr Kampfabzeichen „Drei Pfeile", (das übrigens bewusst in der Auseinandersetzung mit dem immer brutaler auftretenden Nazifaschismus geschaffen wurde), dass der kommunistische Widerstand sich bei den illegalen Aktivitäten und Publikationen sich des Parteiabzeichens „Hammer und Sichel" bediente und dass noch Mitte Februar 1945 die Gestapo Wien Flugschriften registrierte, die mit einem Kruckenkreuz gekennzeichnet waren. Darüber hinaus entwickelten und verwendeten österreichische Widerstandsgruppen auch durchaus neue Symbole im Kampf gegen die Nazis. Erinnert sei etwa an die „Österreichische Freiheitsbewegung" oder an Friedrich Wildgans, der unter dem Pseudonym „Berghofbauer" antinazistische Flugschriften verbreitete. Beide haben in ihren Symbolen klar erkennbar das „Ö" für Österreich verwendet. Andere wieder, wie die in Kärnten kämpfenden slowenischen Partisanen – Osvobodilna Fronta slovenskega naroda (OF) -, hatten eigene Symbole, und in der Hymne „Lied von der Gerechtigkeit" der „Österreichischen Freiheitsbewegung" des Augustiner-Chorherrn Dr. Roman Karl Scholz heißt es:
"...und Fahnen wehen, schwarze Fahnen, drauf rot der Blitz: Gerechtigkeit!"

Das in der Endphase des Kampfes um Österreich verwendete Symbol „05" stammt von dem Medizinstudenten Jörg Unterreiner und wurde ab dem Frühherbst 1944 von der sich als Sammelbecken proösterreichischer Kräfte verstehenden Widerstandsgruppe gleichen Namens verwendet. Peter Diem weiß dazu noch in seinem Buch „Die Symbole Österreichs. Zeit und Geschichte in Zeichen" zu berichten: „Das Zeichen 05 wurde am Höhepunkt des Kampfes um Wien (d.h. Anfang April 1945 Anm.d.Red.) von Oberstleutnant Mühlfeit heimlich rechts vom Riesentor des Wiener Stephansdoms angebracht. 1965 wurde es in Stein geschnitten, zum Gedächtnis an die im Widerstand umgekommenen Österreicher, aber auch als Protest dagegen, dass man sich um die Opfer des Widerstandskampfes in der Zweiten Republik herzlich wenig gekümmert hat."
So sind die schlichten Fakten.

Zum Abschluss soll noch der österreichische Widerstandskämpfer Dr. Viktor Matejka zitiert werden, der 1984 bezüglich Erinnerungszeichen meinte: „Es ist dabei in erster Linie in Betracht zu ziehen, dass jede jüngere Generation nichts oder wenig von früheren Umständen und Abläufen weiß. Eine Gedenktafel soll auch gut informieren. Sie braucht deshalb gar nicht geschwätzig werden oder mit umfangreichem Text mehr ablenken als hinlenken aufs Wesentliche."
Die am 5. Oktober 2000 enthüllte Gedenktafel wird diesen Anforderungen nicht gerecht.
Auch dann nicht, wenn man zusätzlich eine neue Interpretation der Vokalreihe AEIOU des Kaiser Friedrichs III. kreiert. ■

Herbert Exenberger

Gestapohaft und Strafkompanie

Die im Ständestaat halblegale Gewerkschaftsjugendgruppe, der Alfred Ströer, Werkzeugmacherlehrling in der Simmeringer Maschinen- und Waggonfabrik angehörte, setzte ihre Tätigkeit auch nach dem März 1938 fort. Was dann passierte, schildert Ströer so:

„Die Träger der Organisation waren ohne Zweifel kommunistische Funktionäre. ..Im Dezember, Jänner 1938/39 wurde dann eine Flugblattaktion gestartet... Das war ein Aufruf: „Österreicher, wehrt euch gegen den Faschismus". Und: „Hitler bedeutet Krieg...". Unser Flugblatt war für die Gestapo der Anlass zuzuschlagen. Es waren damals an diesen Observationen auch Angehörige der Hitlerjugend beteiligt, die uns seit vielen Jahren gekannt haben. Die sind später zur SS, und etliche sind gefallen. Die haben schon damals mit der Gestapo zusammengearbeitet. Und das Ganze hat sich so abgespielt, dass als erster von unserer Gruppe Franz Danimann verhaftet wurde, ich glaube am 19. oder 20. Jänner 1939. Und ich wurde als letzter verhaftet am 22. Februar 1939....Da ist die Gestapo zu mir gekommen, wie üblich um 5 Uhr früh. Zwei Männer sind in die Wohnung gekommen, ein dritter saß im Auto, unter dem Titel: Zu einer Einvernahme, es wird nicht lange dauern....Achteinhalb Monat war ich Gefangener der Gestapo am Morzinplatz....ehe wir einen Richter gesehen haben. und zwar ausgestattet mit einem Schutzhaftbefehl, das war ein roter Schein. Wer den gekriegt hat, der war erledigt, der war außerhalb des Gesetzes. Mit dem ist man ins Konzentrationslager gekommen...Unsere Eltern haben aber dann vorgesprochen bei Generalstaatsanwalt Dr. Stichl. Das war zwar ein Nazi, aber offenbar mit menschlichen Zügen. Der hat gesagt: „Ich weiß, das sind ja noch halbe Kinder, aber ich kann nur verhindern, dass sie ins Konzentrationslager kommen. Und dann sind wir tatsächlich ins Landesgericht gekommen...."

Am 15. Jänner 1940 ging Ströer überraschenderweise frei, aber nur vorübergehend. Er mußte

„999"er in Griechenland

eine Arbeit in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik annehmen. Doch im März 1940 wurde er zur Verhandlung vor dem Volksgerichtshof geladen. „Die Verhandlung war natürlich in wenigen Stunden erledigt, weil das Verfahren gegen unsere Gruppe geteilt wurde. Ich wurde zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt und gleichzeitig als wehrunwürdig erklärt...Ende November 1942 bekam ich als Wehrunwürdiger eine Einberufung, und zwar: „Sie sind ab Mitternacht des heutigen Tages Soldat und unterliegen den Gesetzen der Wehrmacht. ...Wir mussten uns auf dem Wiener Westbahnhof zu einer bestimmten Zeit treffen...und dort sah ich zu meiner Überraschung etliche meiner Kollegen, meiner mitinhaftierten Freunde. Zum Teil sind sie aus dem Gefängnis gekommen. Die haben ja Leute zur Bewährungsdivision direkt aus dem Gefängnis eingezogen". Den Rest des Krieges verbrachte Alfred Ströer als Soldat in der Bewährungsdivision 999. Er hatte Glück und überlebte den Dienst in dieser berüchtigten Einheit. Bei Kriegsende geriet er auf Rhodos in englische Gefangenschaft und kam Ende 1946 heim .

Foto: Archiv Ströer

Im Gespräch mit Bundeskanzler Bruno Kreisky

Unserem Alfred

Es wurde Alfred Ströer, „unserem Fredl", als er am 3. Dezember 1920 in Wien geboren wurde, nicht an der Wiege gesungen, dass er einmal zum führenden österreichischen Gewerkschafter und sozialdemokratischen Politiker aufsteigen würde. Freilich, die Gesinnung wurde ihm schon vom Elternhaus mitgegeben: sein Vater, gelernter Maurer, später im städtischen Gaswerk tätig, war auch Zugführer im Republikanischen Schutzbund.

Fredl wuchs in einem Zinshaus in Simmering auf. Nach der Schule stand fest: der der Bub wird in eine Lehre gehen. Er kam in die Lehrwerkstätte der Simmeringer Waggonfabrik. Als er dort 1935 begann, war Österreich keine Demokratie mehr. Das austrofaschistische Regime hatte die Sozialdemokratie zerschlagen. Aber in der Arbeiterschaft lebte der Geist des Widerstandes. Auch in den ganz jungen Lehrlingen, die in den Jugendgruppen der vom Regime beaufsichtigten Einheitsgewerkschaft zusammenkamen. Schon dort begann für Fredl die illegale Arbeit. Als Hitlers Wehrmacht in Österreich einmarschiert war, wurde sie schwieriger und gefährlicher. Eine Flugblattaktion in Simmering brachte ihn 1939 für Monate in den Kerker der Gestapo, als „Wehrunwürdiger" durfte er vorerst – wenn nun auch zwangsverpflichtet – als Werkzeugmacher weiterarbeiten (siehe Ströers nebenstehende Erinnerungen). Als immer mehr deutsche Soldaten in den Weiten der überfallenen Sowjetunion den „Heldentod" starben, entdeckte der „Führer" sein Herz auch für die Wehrunwürdigen. Fredl mußte Ende 1942 zur Bewährungsdivision 999 einrücken. Die Ausbildung in der bayrischen Kaserne Heuberg war eine permanente Folter, und darüber, was diesen unfreiwilligen Soldaten, die zu-

Besuch im Bendler-Block in Berlin

Begegnung mit Otto Leichter bei dessen Besuch in Wien

Ströer zum 80er

gleich stets vom Mißtrauen der Aufpasser begleitet wurden, danach zugemutet wurde, mag Alfred Ströer auch heute noch nicht sprechen. 1946 endlich wieder daheim, schloss sich Alfred Ströer sogleich der SPÖ an und wurde Mitglied des ÖGB. Dort zeigte sich sehr bald sein organisatorisches Talent. Er wurde Gruppenleiter im Jugenderholungsheim Raach, Monate später schon Jugendsekretär der ÖGB-Landesexekutive Niederösterreich, war 1953-59 ÖGB-Jugendsekretär und wurde 1959 Leitender Sekretär und Präsidiumsmitglied des ÖGB. Er nutzte die Zeit auch für seine Weiterbildung: der Berufsreifeprüfung folgten staatswissenschaftliche Studien. 1966 wurde Ströer in den Nationalrat berufen; er gehörte ihm bis 1972 an, als er Vorstandsvorsitzender der BAWAG (danach, 1981, Aufsichtsratsvorsitzender) wurde ließ „unseren Fredl" keineswegs den „Ruhestand" akzeptieren. Er nahm etliche ehrenamtliche Funktionen an, so ist er Vizepräsident des Dokumentationsarchivs und Direktor der Kreisky-Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte. Und im Juni 1995 wurde er zum Vorsitzenden unseres Bundes gewählt.
Vom Bundespräsidenten wurde Alfred Ströer für seine publizistische Tätigkeit mit dem Berufstitel Professor ausgezeichnet.

Unsere herzliche Gratulation zum Achtziger ist von dem Wunsch begleitet, dass der unermüdliche, umsichtige Einsatz Alfred Ströers in dieser Funktion den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfern noch lange erhalten bleibt! ■

Abschied aus ÖGB-Funktionen: Präsident Benya, Ströer

Besuch am deutschen Heuberg wo einst die „999er" für ihren oft todbringenden Einsatz geschunden wurden

Fotos:

Graz erinnert sich

Leben und Sterben im Lackenbach

Bürgermeister A. Stingl

Vergangenheitsbewältigung in Graz: Kürzlich wurde in der steirischen Hauptstadt eine neue Synagoge als Mahnmal, Symbol religiöser Toleranz und Gebetshaus eingeweiht. Die Synagoge am Grieskai war vor 62 Jahren, in der sogenannten Reichskristallnacht, von den Nazis zerstört worden 1938 wurden die jüdischen Bürger aus Graz vertrieben, die Zurückgebliebenen kamen in den Vernichtungslagern um. Heute leben nur rund hundert Juden in Graz. Erst in den letzten Jahren erinnerte sich die Stadt ihrer jüdischen Tradition. Ein Kuratorium mit Altlandeshauptmann Josef Krainer und Bürgermeister Alfred Stingl betrieben das Projekt einer neuen Synagoge. Sie ist kleiner als die alte, in modernem Stil und mit einer Glaskuppel.

Der Platz davor wurde David-Herzog-Platz benannt Ebenfalls in Graz fand die Benennung einer Verkehrsfläche in Berthold-Linder-Weg statt. Linder stammte aus einer Wiener jüdischen Familie, die 1938 aus ihrer Brigittenauer Gemeindewohnung vertrieben wurde. Linders erste Frau und sein zehn Monate alter Sohn starben in der Gaskammer, er selbst überlebte im KZ Bergen-Belsen.1951 wanderte er in die USA aus. Er schrieb ein Buch über sein Leben; als er es in Graz 1997 präsentierte, ereilte ihn überaschend der Herztod.

Fotos:DÖW ; SPÖ Graz

Vor 60 Jahren, am 23. November 1940, wurde in Lackenbach im Mittelburgenland ein „Zigeunerlager" eröffnet. Die Landräte – so hießen damals die Bezirkshauptmänner – der Kreise im südlichen „Gau Niederdonau" (zu dem auch das nördliche Burgenland gehörte) sowie die Wiener Gauverwaltung wurden vom Reichsinnenminister zur Errichtung dieses Lagers aufgefordert. Dazu wurde ein außer Betrieb befindlicher Gutshof der Fürsten Esterhazy gepachtet. Im November 1940 begannen die ersten Einweisungen von Roma-Familien aus dem Umland. Die als Lager vorgesehene Örtlichkeit befand sich in einem trostlosen Zustand. Besser als die in den Stallungen Untergebrachten waren noch die daran, denen zunächst gestattet wurde, in ihren Wohnwagen zu bleiben. Die Zahl der Häftlinge stieg rasch. Ihre erste Aufgabe war es, ein Kanzleigebäude für die Lagerleitung zu errichten. Erst danach wurden Wohnbaracken aufgestellt und notdürftige Sanitäreinrichtungen installiert. Die Verhältnisse blieben so katastrophal, dass 1942 eine Typhusepidemie ausbrach. Erst als der erste SS-Lagerführer, Hans Kollross, ein besonders brutaler Typ, unter dem die Prügelstrafe zum Lageralltag gehörte, selbst an Typhus starb, wurden die Verhältnisse etwas besser. Die Einweisungen ins Lager erfolgten durch das Zigeunerreferat der Kripo-Leitstelle Wien und die „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens" in Berlin. Ihr Programm war vom Rassismus geprägt, der die Zigeuner zu den „Untermenschen" zählte. Deshalb wurden auch Roma, die längst sesshaft waren und einen Arbeitsplatz hatten, ins Lager gebracht. Der Großteil kam aus den burgenländischen Verwaltungsbezirken Niederdonaus und der Steiermark. Aber auch Sinti-Familien aus Württemberg wurden nach Lackenbach gebracht, sowie Zigeuner aus Ungarn und Italien. Die Lagerinsassen wurden zur Arbeit an Fabriken und landwirtschaftliche Betriebe vermittelt. Das Gros ihres Lohnes kassierte die SS, einen kleinen Teil erhielten die Häftlinge als Taschengeld. Auch kleine Kinder wurden zur Arbeit angehalten, Schule gab es keine. Die Verpflegung war, insbesondere für die im Lager Verbliebenen, am Rande des Existenzminimums. Für viele Insassen des Lagers Lackenbach war der Aufenthalt dort nur eine Übergangsstation für den Weg in die physische Ausrottung der Volksgruppe. Schon Ende 1941 gingen Transporte in das Judenghetto von „Litzmannstadt" (Lodz), von dort erfolgten Deportationen ins Vernichtungslager „Kulmhof"(Chelmno). Auch für Tausende Roma und Sinti begann die „Endlösung". ■

Roma-Mutter im Lager Lackenbach

Das Mahnmal zum Gedenken an den Leidensweg der Roma in Lackenbach

Ein Platz für Maria Restituta

Am 6. Oktober 2000 nahm der Bezirksvorsteher von Wien-Brigittenau Karl Lacina die Namensgebung für den Maria-Restituta-Platz vor. Er befindet sich zwischen der U 6-/S-Bahn-Station Handelskai und der Engerthstraße, nächst dem Millennium-Tower. Schwester Maria Restituta, mit bürgerlichem Namen Helene Kafka, gehörte dem Orden der Franziskanerinnen von der christlichen Liebe ("Hartmannschwestern") an. Ihr Wohnort war die Brigittenau. Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus verweigerte sie die Entfernung von Kruzifixen im Mödlinger Krankenhaus. Auch über die Störung einer katholischen Feier beschwerte sie sich. Daraufhin stellte sie die Nazi-Spitalsleitung unter Beobachtung. Als man bei ihr ein „Soldatenlied" fand, das sich gegen den Krieg richtete und Wehrmachtsangehörige an ihr Österreichertum erinnerte, wurde sie von der Gestapo verhaftet. Der NS-Volksgerichtshof verurteilte sie wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode, im Jahr 1943 wurde sie enthauptet. Papst Johannes Paul II. hat Schwester Maria Restituta 1998 in den Stand der Seligen erhoben. Im Brigittenauer Amtshaus wurde eine Ausstellung mit Werken von dreißig Künstlern eröffnet. Im Haus der Begegnung fand eine Aufführung des Musicals „Restituta – Glaube gegen NS-Gewalt" durch das Brigittenauer Gymnasium statt.

Die ermordeten Schriftsteller

Österreichische Schriftsteller, die den Mordaktionen der Nationalsozialisten zum Opfer fielen, dem Vergessen zu entreissen, hat sich Herbert Exenberger mit der Anthologie „Als stünd' die Welt in Flammen" (Mandelbaum-Verlag, Wien) zur Aufgabe gestellt. Der Autor, Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, befasst sich in seinem neuen Buch einleitend mit der im Jänner 1933, kurz vor der Machtergreifung Hitlers in Deutschland, in Wien gegründeten Vereinigung sozialistischer Schriftsteller. Als deren Obmann wurde Josef Luitpold Stern gewählt, seine Stellvertreter waren Fritz Brügel und Rudolf Brunngraber. Weitere Vorstandsmitglieder waren Fritz Bartl, der damals noch in der Sozialdemokratie beheimatete Ernst Fischer, Theodor Kramer, Schiller Marmorek und Marianne Pollak. Aufgelistet sind auch alle Schriftsteller, die sich noch als Mitglieder eruieren ließen. Die meisten der von den Nazis Ermordeten waren jüdischer Abstammung: Heinrich Steinitz, Käthe Leichter, Else Feldmann, Adolf Unger, Adele Jellinek, Walter Lindenbaum, Thekla Merwin. Benedikt Fantner, der als Freiwilliger im spanischen Bürgerkrieg in den Internationalen Brigaden gekämpft hatte und 1941 aus dem französischen Internierungslager ins KZ Dachau überstellt worden war, wurde als Schwerkranker in der Vernichtungsanstalt Schloss Hartheim vergast. Übrigens starb auch ein früheres Mitglied der Vereinigung, Hugo Sonnenschein, 1953 in einem Zuchthaus in der kommunistischen CSSR. Aus der Liste geht weiters hervor, dass etliche der aus Österreich in alle Welt vertriebenen sozialistischen Schriftsteller ihre Heimat nie wieder gesehen haben. Als Mitglied wurdein die Vereinigung auch der vor Hitler nach Österreich geflüchtete Oskar Maria Graf aufgenommen. Als Goebbels in Deutschland die Bücherverbrennungen inszenierte, veröffentlichte er in der „Arbeiter-Zeitung" seinen in der Kulturwelt vielbeachteten leidenschaftlichen Protest „Verbrennt mich!" Die historische Darstellung des Wirkens der Schriftstellervereinigung wird durch eine eindrucksvolle Anthologie aus den Werken der Ermordeten ergänzt. Sie bezeugt, dass diese Männer und Frauen mit literarischen Mitteln für eine bessere Welt eintraten und der faschistischen Barbarei den Kampf ansagten. Exenbergers Buch ist ein weiterer Schritt, die Erinnerung an diese Kämpfer für Menschlichkeit wachzuhalten, wie dies bereits durch verschiedene Namensgebungen und Gedenktafeln an Wiener Gemeindebauten geschehen ist. Erfreulicherweise ist auch in den letzten Jahren das eine oder andere Werk dieser Schriftsteller neu aufgelegt worden, so die Romane „Der Leib der Mutter" und „Martha und Antonia" von Else Feldmann und der Sammelband „Von Sehnsucht wird man hier nicht fett" von Walter Lindenbaum. ■

Foto: T. Jantzen

Verbrennt mich!

Ein Protest von Oskar Maria Graf.

Wie fast alle links gerichteten, entschieden sozialistischen Geistigen in Deutschland, habe auch ich etliche Segnungen des neuen Regimes zu spüren bekommen: Während meiner zufälligen Abwesenheit aus München erschien die Polizei in meiner dortigen Wohnung, um mich zu verhaften. Sie beschlagnahmte einen großen Teil unwiederbringlicher Manuskripte, mühsam zusammengetragenes Quellenstudienmaterial, meine sämtlichen Geschäftspapiere und einen großen Teil meiner Bücher. Das alles harrt nun der wahrscheinlichen Verbrennung. Ich habe also mein Heim, meine Arbeit und — was vielleicht am schlimmsten ist — die heimatliche Erde verlassen müssen, um dem Konzentrationslager zu entgehen.

Die schönste Ueberraschung aber ist mir erst jetzt zuteil geworden: Laut „Berliner Börsencourier" stehe ich auf der weißen Autorenliste des neuen Deutschland und alle meine Bücher, mit Ausnahme meines Hauptwerkes „Wir sind Gefangene", werden empfohlen! Ich bin also dazu berufen, einer der Exponenten des „neuen" deutschen Geistes zu sein!

Vergebens frage ich mich, womit ich diese Schmach verdient habe.

Das Dritte Reich hat fast das ganze deutsche Schrifttum von Bedeutung, ausgestoßen, hat sich losgesagt von der wirklichen deutschen Dichtung, hat die größte Zahl ihrer wesentlichsten Schriftsteller ins Exil gejagt und das Erscheinen ihrer Werke in Deutschland unmöglich gemacht. Die Ahnungslosigkeit einiger wichtigtuerischer Konjunkturschreiber und der heimmungslose Vandalismus der augenblicklich herrschenden Gewalthaber versuchen all das, was von unserer Dichtung und Kunst Weltgeltung hat, auszurotten, und den Begriff „deutsch" durch engstirnigsten Nationalismus zu ersetzen. Ein Nationalismus, auf dessen Eingebung selbst die geringste freiheitliche Regung unterdrückt wird, ein Nationalismus, auf dessen Befehl alle meine aufrechten sozialistischen Genossen verfolgt, eingekerkert, gefoltert, ermordet oder aus Verzweiflung in den Freitod getrieben werden!

Und die Vertreter dieses barbarischen Nationalismus, der mit Deutschsein nichts, aber auch schon gar nichts zu tun hat, unterstehen sich, mich als einen ihrer „Geistigen" zu beanspruchen, mich auf ihre sogenannte weiße Liste zu setzen, die vor dem Weltgewissen nur eine schwarze Liste sein kann!

Diese Unehre habe ich nicht verdient!

Nach meinem ganzen Leben und nach meinem ganzen Schreiben habe ich das Recht, zu verlangen, daß meine Bücher der reinen Flamme des Scheiterhaufens überantwortet werden und nicht in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen!

Verbrennt die Werke des deutschen Geistes! Er selber wird unauslöschlich sein, wie eure Schmach!

(Alle anständigen Zeitungen werden um Abdruck dieses Protestes ersucht. Oskar Maria Graf.)

Arbeiter-Zeitung, 12.5.1933

Oskar Maria Grafs Aufruf in der AZ

Zeitzeugen im Gespräch mit Delegierten der SPD-Berlin

Auf Einladung der SPÖ-Oberösterreich absolvierten 160 Delegierte der SPD-Berlin vom 14. bis 16. Oktober eine Gedenkstättenfahrt zu den ehemaligen Konzentrationslagern Mauthausen und Ebensee. Zu den Besuchern aus Deutschland zählten unter anderen Peter Strieder: Landesvorsitzender der SPD, Walter Momper: Stellvertretender Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland: Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und Landesgeschäftsführer der Berliner SPD, Mechthild Rawert: Vorsitzende der Arge sozialdemokratischer Frauen, Klaus Uwe Benneter und Ralf Hillenberg: beide Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin. Nachdem der erste Tag des Aufenthalte dem Thema „Rechtsentwicklung in Europa?" gewidmet war, folgte am 15. Oktober der Besuch der Gedenkstätten Mauthausen und Ebensee. Um das Gesehene in Gesprächen aufarbeiten zu können stand zu vorgerückter Stunde ein Treffen mit Zeitzeugen des Bundes Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer auf dem Programm.

Bundesvorsitzender Alfred Ströer, Antonia Bruha, Erna Musik, Rudolf Gelbard und Alfred Kohlbacher berichteten über ihre Erfahrungen mit dem NS-Regime und im besonderen über ihre Erlebnisse in den Konzentrationslagern Auschwitz, Heuberg, Ravensbrück und Theresienstadt, wobei sich zeigte, dass das ehemalige Frauenkonzentrationslager Ravensbrück den GesprächsteilnehmerInnen aus Deutschland kaum bekannt war. Die ausführliche Diskussion endete in den frühen Morgenstunden des nächsten Tages.

Den Abschluß der Reise bildete eine politische Stadtführung durch die Hauptstadt Oberösterreichs, die unter dem Motto „Linz, die Lieblingsstadt des Führers" stand. ■

Edith Krisch

1920/31 und heute: Bedenkliche Parallelen

Prof. Siegfried Nasko

Zum Wesen der demokratischen Republik Österreich war das Thema eines Vortrags, den Stadtrat Prof. Dr. Siegfried Nasko, Bildungsobmann der SPÖ-Bezirksorganisation St. Pölten, in einem von LAbg. a.D. Karl Gruber vorbereiteten Tagesseminar des Bundes Sozialdemokratischer Freiheiskämpfer Niederösterreich am 7. Oktober gehalten hat. Nasko setzte sich mit der vor 80 Jahren geschaffenen Bundesverfassung auseinander und ging dabei auch auf die aktuelle Lage ein. Er machte deutlich, dass die Sozialdemokraten 1918/20 und seit 1945 konstruktiv am Aufbau der Demokratie mitgewirkt haben. Doch Christlichsoziale gemeinsam mit Heimwehr und Deutschnationalen veränderten die Verfassung 1929, und heute stellt vor allem der ÖVP-Koalitionspartner FPÖ die Realverfassung in Frage. Nasko wies auf Parallelen zwischen Erster Republik und heute hin: 1920 ist die Große Koalition durch den „Wirtschaftsblock" ersetzt worden, 1931 stellten die Sozialdemokraten als stärkste Partei den Nationalratspräsidenten und blieben dennoch in Opposition. Wie Klestil im Vorjahr, so initiierte Bundespräsident Miklas 1931 Sondierungsgespräche auf breiter Parteienbasiis – sie scheiterten. Das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aus dem Jahr 1917, mit dem dann Dollfuß autoritär zu regieren begann, wurde zwar 1946 außer Kraft gesetzt, dennoch „reformieren" FPÖ und ÖVP Österreich in Richtung 3. Republik.

Am Nachmittag wurde das Arbeiterbewegungsmuseum „Empor aus dumpfen Träumen" besucht.

Naskos Referat kann unter der Telefonnummer 02742/35 21 34 angefordert werden. ■

Karl Gruber

Wir gratulieren:

Zum 103. Geburtstag: Juliane Adelpoller, Wien.
99. Geburtstag: Josefine Hollaus, Wien.
98. Geburtstag: Leopoldine Pfeiffer, Groß-Siegharts; Emmerich Amsüss, Loosdorf; Maria Mosch, Wien.
97. Geburtstag: Johann Königsecker, Freistadt; Franz Pfannhauser, Wiener Neustadt; Matie Kump, Wien.
96. Geburtstag: Magdalena Horvath, Neusiedl am See; Rudolf Zwieauer, Wien.
95. Geburtstag: Alexander Blum, Elisabeth Schmutzenhofer, Anton Zacek, Wien.
94. Geburtstag: Maria Eineder, Wien.
93. Geburtstag: Maria Dexinger, Anna Hain, Hermine Pomp, Ing. Erwin Racek, Wien.
92. Geburtstag: Maria Meerkatz, Hohe Wand-Stollhof; Anna Waldeck, Lienz; Hermine Bayer, Johann Keller, Dr. Ella Lingens, Ernest Pollak, Wien.
91. Geburtstag: LR a.D. Stefan Billes, Eisenstadt; Franz Knappitsch, Judenburg; Maria Gaisrucker, Kreszentia Mayer, Kapfenberg; Emmerich Dutterm Neunkirchen; Karl Kaulich, Steyr; Anni Kidric, Voitsberg; Maria Gindl, Wiener Neustadt.
90. Geburtstag: Anton Smrekar, Graz; LAbg. a.D. Viktor Schneider, Petronell; Hermine Kösch, St. Pölten; Dipl.Ing. Friedrich Grassinger, Emilie Krtausch, Christine Tischler, Wien.
85. Geburtstag: Josefa Brandl, Gleisdorf; Resi Wiegner, Linz; Elisabeth Strohmayer, Mönchhof; Hermine Sarközi, St. Margarethen; Anne-Marie Deutsch, Hermine Dolezal, Karl Galgoczy, Hermine Haslinger, Hermine Kurssa, Stefanie Moltner, Leopold Pischlöger, Hermine Portele, Maria Riegler, Franz Stowasser, Wilhelm Zimmer, Wien.
80. Geburtstag: Anna-Maria Praschl, Linz; Prof. Abg. z.NR.aD. Alfred Ströer, Perchtoldsdorf; Margarete Flieger, Waidhofen/Thaya; Maria Bartos, Josefine Borth, Adele Brenner, Margarete Hirber, Hermine Kolar, Margareta Mottl, Berta Pospichal, Josef Treiber, Prof. Leopold Wiesinger, Wien.
75. Geburtstag: Gottfriied Riedl, Linz; Bibiane Röttig, Strau; Hedwig Stössel, Johanna Triebl, Wiener Neustadt; Freimund Exler, Ferdinand Hiller, Franziska Jellinek, Walter Krejcik, Oskar Leopoldseder, Marta Meindl, Prof. Dr. Jonny Moser, Luise Steiner, Gertrude Vyhnalek, Kurt Wagner, Wien.

Wissenschaft unter SS-Kommando

Die Methoden und Inhalte der Wissenschaften verändern sich nicht nur beim Auftauchen einer neuen Grunderkenntnis, wie es zum Beispiel das heliozentrische Weltbild war, sondern auch durch eine Veränderung der vorherrschenden Politik. Als in Deutschland der Nationalsozialismus Demokratie und Rechtstaatlichkeit abschaffte, griff er gleichzeitig nach den Universitäten, Akademien und wissenschaftlichen Gesellschaften. Das bekannteste Beispiel für eine Übernahme einer wissenschaftlichen Einrichtung durch die Nazis war die Inbesitznahme der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) mit ihren vielen, zum Teil sehr angesehenen Instituten in ganz Deutschland.

Die Hochschulen „entjudet"

Aber auch die Universitäten und Hochschulen wurden „von oben her" mit Parteigenossen besetzt, wobei die neuen Rektoren und Dekane für die „Entjudung" der Fächer zu sorgen hatten. Diese Gleichschaltung der Universitäten hob die Fachtraditionen mit ihren Fragestellungen nicht auf, führte aber rasch zu einer Qualitätsverminderung von Lehre und Forschung. Das Fehlen jüdischer Lehrer und Wissenschafter wirkte sich vor allem in der Philosophie und in den Naturwissenschaften so verheerend aus, dass die wissenschaftliche Bedeutung bestimmter Studien völlig verlorenging und sich der Nachwuchs an deutschen Jungakademikern drastisch verringerte. Dem trat 1939 Reichserziehungsminister Bernhard Rust mit einer Studienzeitverkürzung und einem Vierjahresplan entgegen. Man erwog auch, einen Teil der Soldaten zum Studium bestimmter Fächer abzukommandieren, wozu es aber durch den Krieg nicht mehr kam. Um die Kontrolle der deutschen Universitäten entspann sich zwischen Alfred Rosenberg und Heinrich Himmler ein zähes Ringen, das in der Regel Himmler für sich entschied. Als Chef der SS und aller Polizeien erhielt Himmler 1939 auch den Titel eines „Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums". Diese Funktion bot die Chance der totalen Kontrolle über die akademisch-wissenschaftliche Welt. Durch die Einsetzung des SS-Mannes Rudolf Mentzel als Leiter des „Amtes Wissenschaft" im Reichserziehungsministerium war 1939 die Übermacht der „wissenschaftlichen SS" gegenüber dem „Amt Rosenberg" gesichert. Zur „wissenschaftlichen SS" gehörte ein anfangs unscheinbarer Verein, der 1955 als Antwort Himmlers auf Rosenbergs Frühgeschichte-Ambitionen gegründet worden war: das „Ahnenerbe e.V.". Unter seinem ersten Leiter, Hermann Wirth, beschäftigte sich diese Einrichtung nur mit Ausgrabungen und geisteswissenschaftlicher Forschung.

Höhenflugversuch mit einem Häftling im Konzentrationslager Dachau

Ab 1938 holte der neue Leiter, Wolfram Sievers, renommierte Wissenschafter aus verschiedenen Bereichen für unterschiedlichste Forschungen in das „Ahnenerbe".

Von der SS finanziert

1943 bestand der Verein, der bis zuletzt von der Waffen-SS mitfinanziert wurde, aus 45 Abteilungen. Für sogenannte „wehrwissenschaftliche Zwecke" koordinierte Sievers „Menschenversuche" in Konzentrationslagern und wurde dafür 1947 hingerichtet. Für die Durchführung dieser Menschenversuche waren Angehörige der SS in erhöhtem Maße geeignet, weil sie sich als die wahren Träger des Staates fühlten und außerdem als Herren über Leben und Tod im außerrechtlichen Bereich der Konzentrationslager auftraten.
Die Menschenversuche (mit denen allerdings nicht nur das „Ahnenerbe" befasst war) waren wissenschaftlich unergiebig – im Unterschied zu den Versuchen im Rahmen der Kindermorde sowie zur Sklavenarbeit im Rahmen der Technikforschung der SS.
Die sogenannte „Kindereuthanasie" der Nazis kurbelte die Neurophysiologie und der „Einsatz von Fremdarbeit" die deutsche Raketentechnik an.

Mord als Experiment

Man muß den „voluntaristischen Erkenntnisbegriff" der Nazis stets im Zusammenhang mit einer „Wissenschaft ohne Ethik" sehen. Dieser Begriff von Wissenschaft führte nicht nur zu mitunter komischen Frühgeschichte-Resultaten ("Ahnenerbe" versuchte ja unter anderem, Vorzeitfunde nach den nazistischen Rassevorstellungen zu interpretieren)) – ein solcher Begriff heiligt auch jedes Mittel. Eine Wissenschaft, die einem Allerhöchsten gewidmet ist und sich zudem in einer rassistischen Gesellschaft abspielt, die zwischen „wertvollen" und „wertlosen" Menschen unterscheidet, führt zwangsläufig zum „Humanexperiment": sie tötet „Überzählige". Aus den von den Nazis besetzten Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entstand 1948 die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) mit ihren Instituten.
Der Name von Max Planck wurde dabei von den Alliierten gegen den Willen deutscher Professorenkreise durchgesetzt. Um diese Merkwürdigkeit zu verstehen, muss man zum Beispiel wissen, dass Ernst Telschow, ein Mitglied des Verwaltungsrates der MPG, ein Jahr nach der Neugründung der Gesellschaft 1949 nicht etwa Max Planck oder Albert Einstein sein höchstes Lob gesungen hat, sondern dem 1947 durch Selbstmord verstorbenen Herbert Backe. Backe war Hitlers Reichsernährungsminister gewesen und hatte den Völkermord im Osten mit Deutschlands Ernährungsnotstand gerechtfertigt. Er hatte aber auch als Vizepräsident der KWG fungiert, deren Generaldirektor von 1937 bis 1945 Ernst Telschow gewesen ist. ■

Martin Luksan

Ausländische Zwangsarbeiter im Bahnbetriebswerk Wien-West

Zur Zeit wird viel über die Zwangsarbeiterfrage in Österreich und Deutschland gesprochen. Die rasche Behandlung der Entschädigungsfrage durch die Regierungsbeauftragte Dr. Schaumayer hat nunmehr zur Unterzeichnung der Verträge mit den betroffenen Staaten geführt. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände war in die Verhandlungen miteinbezogen.

Wie es auf einem bestimmten Gebiet der Zwangsarbeit, nämlich bei der Deutschen Reichsbahn damals ausgesehen hat, habe ich im Sommer 1944 als 15jähriger Ferialpraktikant einer technischen Mittelschule, Fachrichtung Maschinenbau, auf dem Wiener Westbahnhof erlebt. Im dortigen, an der Avedikstraße zwischen Rustensteg und Schweglerbrücke gelegenen, Betriebswerk wurden die Lokomotiven der damaligen Deutschen Reichsbahn gewartet und erneuert, vor allem die hauptsächlich für Kriegszwecke verwendete Lokomotive, Typ 52000, die auch für die Transporte in die Konzentrationslager verwendet wurde. Gemeinsam mit einem Schulkollegen wurde ich zu Beginn der Ferialpraxis an den Bahnbetriebsleiter verwiesen, einen strammen Nazi mit NSDAP-Abzeichen (damals „Tapeziererknopf" genannt), der uns in einem kurzen Gespräch mitteilte, dass wir in diesem Betriebswerk aufpassen müssten, denn es befänden sich, mit einigen wenigen Ausnahmen, nur sogenannte Fremdarbeiter im Werk. Sollten uns gegen das Reich gerichtete Aktivitäten bekannt werden, müssten wir ihm das persönlich melden.

Der nächste Weg führte uns zum Werkmeister des Betriebswerkes, einen älteren Bahnbediensteten, der uns mit den Worten einführte: „Hier sind Polen, Russen, Ukrainer, Tschechen, Jugoslawen, Griechen, habt Verständnis für diese Leute, sie bekommen wenig zu essen und arbeiten nicht viel. Wenn es Probleme gibt, kommt´s zu mir und nicht zum Diplomingenieur".

Wir merkten gleich den Unterschied in der Einschätzung dieses Arbeiterpotentials - es handelte sich im wesentlichen um Zwangsarbeiter. Die Arbeiter traten uns zunächst misstrauisch gegenüber, wurden aber zusehends freundlicher, als sie merkten, dass wir keine Jungnazis waren. Wir sahen uns die großen Maschinen an und hatten bald das Gefühl, dass hier die Fertigstellung der Reparaturarbeiten ziemlich in die Länge gezogen wurde. Da wir beide Ferialpraktikanten auf das baldige Ende des Nazikrieges hofften, haben wir dieses Klima der sanften Sabotage sehr goutiert und vor allem den Kontakt zum Betriebswerkmeister Johann Veleba gehalten. Unter den Arbeitern selbst gab es eine organisierte Widerstandsbewegung, die anscheinend auf den Zeitpunkt der Befreiung und der Heimkehr gerichtet war.

Aus den historischen Dokumenten ist zu ersehen, dass vor dieser Gefahr der hunderttausenden Zwangsarbeiter im inneren des Reiches die Gestapo-Dienststellen immer wieder warnten.

Die Zwangsarbeiter auf dem Westbahnhof waren, anders als in der Privatindustrie, nicht jener Produktionshysterie ausgesetzt, die die übrigen Rüstungsbereiche auszeichnete.

Sie waren auf dem Bahngelände in Baracken einquartiert, konnten aber im Gegensatz zu uns, während der Luftangriffe das Bahngelände nicht verlassen. Das bedeutete natürlich eine enorme Lebensgefahr, da man immer wieder mit der Bombardierung durch alliierte Flugzeugverbände rechnen musste.

Mein Ferialkollege und ich übernahmen es einige Male Informationen nach aussen zu Kontaktleuten zu überbringen.Im Gegenzug wanderten uns übergebene Zigaretten und Lebensmittel zu den Zwangsarbeitern.

Mit Johann Veleba, der durch seine, wie bei vielen echten Wienern, vorhandenen Tschechisch-Kenntnisse, mit den meisten slawischen Arbeitern gut kommunizieren konnte und auch den Mantel des Schweigens über die „lasche" Arbeitsgesinnung breitete, kam ich nach 1945 durch seinen Sohn, Fritz Veleba, einem damaligen Schulkollegen, der nach einer kurzen Kriegsgefangenschaft als älterer Schüler sein Studium weiterführte, in Kontakt. Es stellte sich heraus, Werkmeister Johann Veleba war ein guter alter Genosse, Sozialdemokrat seit seiner Jugend und er gehörte zu jenen „unzuverlässigen Elementen" die Hitler in dieser Stadt nie geliebt hat.

Da Werkmeister Veleba auch in meinem Bezirk wohnte, haben wir nachträglich darüber gesprochen, wie er damals den Nazi-Betriebsleiter gehindert hat, radikale Maßnahmen gegen die Zwangsarbeiter einzusetzen. Er hat ihm einfach nicht die Wahrheit über die wirklichen Vorgänge im Betrieb mitgeteilt und die Zwangsarbeiter damit vor Repressalien geschützt. Auch das war Widerstandsarbeit, und nicht ganz ungefährlich. Johann Veleba hat damit bestätigt, was die Eisenbahner immer waren, gute demokratische Sozialisten, Antifaschisten und Internationalisten. ■

Ernst Nedwed

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, E-Mail-Adresse: kaempfer @ spoe.or.at. http//www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt. **Zulassungsnummer:** WoGZ 58 U

Herr DVR: 0904783
BEZ.RAT DIR.
JOHANNES SCHWANTNER
DARINGERG.14/25/6
1190 WIEN